

Drei Markträte gegen PSW Johanneszeche

Stephan Jarosch, Thomas Geiger und Josef Neumeier erklären ihre Entscheidung

Lam. (as) Die Markträte Stephan Jarosch, Thomas Geiger und Josef Neumeier haben sich am Mittwochabend öffentlich gegen den Bau eines Pumpspeicherwerkes am Osser ausgesprochen. Stephan Jarosch hatte in den vergangenen Wochen mehrfach betont, sobald er ausreichend Informationen gesammelt habe, seine Haltung zu dem höchst umstrittenen Projekt bekanntzugeben. Als Plattform nutzte er dafür die Zusammenkunft der Listenkandidaten Freie Wähler Umland im Landgasthof Postwirt. Listenführer Thomas Geiger und CSU-Marktrat Josef Neumeier schlossen sich seiner Meinung bei dieser Gelegenheit an.

Bevor Stephan Jarosch sein Nein verkündete, wehrte er sich noch einmal gegen den Vorwurf, nur Stimmenbeschaffer der CSU-Liste zu sein. Bürgermeister Paul Roßberger habe außerdem des Öfteren betont, dass jeder Marktrat nur seinem Gewissen verpflichtet sei. Dann legte er ausführlich die Fakten und Informationen dar, die ihn schließlich dazu bewogen, den Bau eines PSW abzulehnen. Seit er auf einer UFB-Wahlversammlung zum ersten Mal mit dem Thema konfrontiert worden sei, habe er nahezu alle von den verschiedenen Seiten angebotenen Veranstaltungen besucht und sich zusätzlich im Internet kundig gemacht. Für Pumpspeicher gebe es unter den Experten seriöse Befür-

worter, aber ebenso viele Studien, die in die andere Richtung gehen. Jaroschs Fazit: „Keiner kann sagen, wohin die Entwicklung geht. Marktrat und Bürgermeister fehlen politische Vorgaben vom Land und dem Bund, einzige Ausnahme ist der Energiedialog, der konkrete Aussagen brachte. Und wir sollen nun entscheiden, obwohl wir völlig im Regen stehen.“

Anschließend zitierte er aus verschiedenen Studien, die beispielsweise in der Schwarzstartfähigkeit von PSW ein Hauptargument für PSW sehen. Andere Aussagen, wie die der Studie des Landeamtes für Umwelt zu hohen Kosten, dem erheblichen Eingriff in die Natur, der ungeeigneten Geologie oder der Nähe zu Wasserschutzgebieten hätten ihn nachdenklich gestimmt. Hinzu komme die Tatsache, dass das Unterbecken neben einem Siedlungsgebiet liege. „Für den Marktrat war das immer schon ein Thema und keinem sind die Menschen, die dort wohnen egal. Allerdings wollten wir uns auch von keinem zu einer öffentlichen Aussage drängen und in einer Ecke stellen lassen, ohne zunächst Informationen gesammelt zu haben“, machte er klar.

Angesichts zu vieler offener Fragen im Zusammenhang mit der Energiewende könne er es nicht verantworten, ja zu einem PSW am Osser zuzusagen, um dann anschließend abzuwarten, was passiert. Dennoch sei er kein ausgesprochener Gegner

von PSW und klar sei auch, dass jeder seinen Beitrag zur Energiewende leisten müsse. Den Befürwortern von Batteriespeichern gab er zu bedenken, dass der Abbau der verwendeten Rohstoffe mit großer Umweltzerstörung und Ausbeutung von Menschen einhergehe, und das Problem der Haltbarkeit, Leistungsfähigkeit wie Entsorgung nicht geklärt sei. Jedem Unternehmen gestand er das Recht zu, auszuloten, womit es Geld verdienen könne. Allerdings habe er sich mit einigen Aussagen und Vorgehensweisen von Vispiron wie dem Geldangebot an die Vereine nicht wohlgefühlt.

Den Bürgerentscheid verteidigte er als demokratischste Form, ein Meinungsbild zu bekommen. Der Beschluss im Marktrat dazu sei einstimmig gefallen. Vorwürfe wie Hinterzimmerdemokraten und Persilscheinaktion seien für ihn nicht nachvollziehbar. An die Bürger richtete der Marktrat den Appell, das Thema nicht ins Persönliche zu ziehen. „Man kann in der Sache hart und kontrovers diskutieren, aber anschließend muss man sich auch wieder zusammensetzen, im Verein oder der Nachbarschaft, die Gemeinschaft pflegen können“, betonte er. Darüber hinaus hoffte er, dass so viele Bürger wie möglich am Bürgerentscheid teilnehmen, denn nur bei einer hohen Wahlbeteiligung spiegle das Ergebnis die Mehrheitsmeinung wider.

Thomas Geiger schloss sich den

Ausführungen seines Vorredners besonders, was das Niveau mancher Diskussionen angeht, an. Er werde ebenfalls gegen das PSW stimmen. Für Josef Neumeier sind die Argumente „Ablehnung fast aller betroffener Anwohner“, „Naturzerstörung“, das „Aigner-Statement gegen PSW“ und das Angebot von Vispiron an die Vereine Grund genug, beim Bürgerentscheid mit Nein zu stimmen.

Im Zusammenhang mit der Verunreinigung des Trinkwassers in Buchetbühl und Engelshütt, hervorgerufen durch den Autounfall bei Absetz, nahm Stephan Jarosch alle drei Bürgermeister sowie die Mitarbeiter des Bauhofes in Schutz. „Es wurde alles, was nötig und möglich war, sofort in die Wege geleitet, die Quelle augenblicklich weggeschaltet und der neue Tiefbrunnen schnellstens angeschlossen“, betonte er. Der Vorwurf von Versäumnissen oder Sabotage sei ungerechtfertigt. Sogar mit einer Anzeige wurde gedroht, nachdem jedoch die Ursache feststand, habe sich niemand dafür entschuldigt.

In Sachen Tourismus brauche es neue Konzepte und hier ist die Zusammenarbeit als Region Lamer Winkel der richtige Weg. Noch einmal brach Jarosch eine Lanze für Paul Roßberger, der dies von Beginn an forciert habe. Der UTLW habe gezeigt, was alles möglich ist und hat zudem ein großes und positives Medienecho hervorgerufen.